

1.) Stellenabbau sofort stoppen: ja

2.) Einstellungskorridor erhöhen: Die Evaluation der Polizeireform „Polizei Sachsen 2020“ wird ergeben, ob die umstrukturierten Bereiche zweckmäßig gestaltet und arbeitsfähig sind. Wir werden das Ergebnis kritisch hinterfragen. Eine Umstrukturierung ohne Sachzwänge, lediglich um einer Reform der Reform willen lehnen wir ab.

Es ist schon bezeichnend, dass die Personalsituation bei den befragten Polizeibeamten an der Basis explizit ausgeklammert wird. Tatsache ist, dass die Personaldecke in den Dienststellen flächendeckend zu dünn ist, wenn Zeit für Eigeninitiative, wichtige Erstermittlungen, Fahndung und Bekämpfung der Kontrolldelikte etc. sein soll. Aus diesem Blickwinkel heraus ist die Alternative für Deutschland der Meinung, dass die Einstellungskorridore hinterfragt und angepasst werden müssen.

3.) befristete Arbeitsstellen wandeln: möglichst ja

4.) Bildungsurlaub einführen: Lebenslange Fortbildung für Polizeibeamte ist Pflicht des Beamten. Spezialwissen nimmt einen immer höheren Stellenwert in der Polizeiarbeit ein und liegt allein deshalb im Interesse des Dienstherrn. Die Alternative für Deutschland Landesverband Sachsen hat sich zu dem konkreten Vorschlag allerdings noch keine Meinung gebildet. Wir nehmen die Idee und die Erfahrungen aus anderen Bundesländern im Sinne des gewünschten Austausches zwischen Partei und Gewerkschaften gern auf.

5.) kostenlose Bereitstellung einer maximalen Körperschutzausstattung: ja

6.) materielle und personelle Sicherstellung durch eigenes Servicepersonal: Wenn damit eigene Dienstleister wie Werkstätten gemeint sind: ja, wo es sinnvoll ist.

7.) zeitnahe Einführung modernster Technik und Ausrüstung: ja

8.) Sicherstellung dienststellennaher Kinderbetreuung: Die Alternative für Deutschland tritt dafür ein, dass Arbeitsbedingungen familienfreundlicher werden, nicht die Familie arbeitsunfähig. Die Schaffung betriebseigener Kinderbetreuungseinrichtungen soll nicht nur in der freien Wirtschaft in den Vordergrund gerückt werden, sondern auch bei der Polizei.

9.) Eingangsamt Kommissar: nein

10.) Altersgrenze für Polizei wieder 60 Jahre: nein, dafür altersgerechte Verwendung

11.) Wiedereinführung 13. Monatsgehalt: Der Landesverband Sachsen der Alternative für Deutschland setzt sich für eine amtsangemessene Besoldung der Polizeibediensteten ein, die den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums entspricht. Dieser Grundsatz gilt für das ganze Jahr, sodass für dessen Erfüllung keine Notwendigkeit für jahreszeit- oder festtagsabhängige Sonderzahlungen besteht.

12.) Zusatzurlaub bis zu 6 Tage: keine Angabe.

13.) Einheitliche Zahlung DUZ 5 Euro: Polizeiarbeit nimmt neben der Bildungs- und Familienpolitik für die Alternative für Deutschland einen sehr hohen Stellenwert ein. Unser Motto lautet „Mut zur Wahrheit“. Die Wahrheit ist: Es wäre unseriös in Zeiten leerer Kassen, die z.B. durch eine verfehlte Eurorettungspolitik und Milliardenzahlungen durch die Sachsen-LB-Pleite verursacht sind, Gelder zu verteilen, welche nicht vorhanden sind. Ziel der AfD ist es diese Politik zu ändern. Einer Entspannung der Ausgabesituation muss eine

Erhöhung der Erschwerniszulagen u.a. für den Streifendienst, Todesermittler und Spezialeinheiten folgen, da diese seit Jahren nicht angepasst worden sind und somit Gefahr laufen ihre angedachte Wirkung eines Ausgleichs zu verfehlen.

14.) Erhöhung oder ruhegehaltsfähige Polizeizulage: derzeit keine Beschlußlage.

15.) Leistungsbezahlung nach Funktion: Die Alternative für Deutschland strebt eine bundeseinheitliche Regelung der Beamtenbesoldung an. Bis zu einer bundesweiten Regelung, muss der Freistaat Sachsen bei seinen Bediensteten mit gutem Beispiel voran gehen. Das bedeutet im Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit. Die Besoldung soll die Befähigung, Leistung und wahrgenommene dienstliche Funktion des Beamten widerspiegeln, weshalb eine Einheitsbesoldung ohne Blick auf die jeweilige konkrete Aufgabe der Beamten, kritisch zu hinterfragen wäre. Für die Behebung des Problems sind mehrere sehr unterschiedliche Alternativen denkbar. Der Landesverband Sachsen der Alternative für Deutschland hat sich dazu jedoch noch kein abschließendes Urteil gebildet, steht diesem Vorschlag aber sehr aufgeschlossen gegenüber.

16.) Heimatnahe Verwendung nach der Ausbildung: ja, ist anzustreben.

17.) Einführung von Hilfsfristen für die Polizei: Es gibt dazu noch keinen Beschluß in der AfD. Die Bürger erwarten jedoch zu Recht rund um die Uhr ein zügiges Erscheinen der Polizei. Die Zeit bis zum theoretischen Erreichen eines Einsatzortes ist für die Präsenz in der Fläche ein unumgebares Kriterium.